

Gegenargumente in der Überzahl

Versäumnisse Der Politologe Wilfried Marxer wagte gestern gegenüber Radio L eine erste Wahlanalyse. Dabei kommt er zum Schluss, dass die Befürworter den Gegnern das Feld überlassen haben.

Michael Winkler
mwinkler@medienhaus.li

Zunächst schien es so, als ob die Initiative ein Selbstläufer wird. Man suchte seitens der Regierung krampfhaft – unter anderem mit Amtlichen Kundmachungen – Personen, welche die Gegenargumente sammeln. «Im Lauf der Wochen hat man gesehen, dass es einen Haufen Argumente gibt, die auf den Tisch kommen», zeichnet der Politologe Wilfried Marxer den Abstimmungskampf nach.

Wäre es nach Marxer gegangen, hätte dies die Regierung übernehmen müssen: «Die Regierung hätte konsequenterweise sagen müssen: Wir sind gegen die Vorlage, weil wir bessere Vorschläge bringen.» Dann hätte die Regierung den Kontra-Part übernehmen können. Das wurde unterlassen. «Deshalb hat man dann das Feld anderen Akteuren überlassen», so Marxer gegenüber Radio L.

Lauer Abstimmungskampf der Befürworter

Die Parolen von VU, FBP und FL wurden herausgegeben, aber nachdrücklich darum bemüht, dass die Vorlage durchgeht, haben sich die Parteien kaum. «Es ist nicht grossartig weiter kom-

muniziert worden. Kaum ein Politiker hat sich befürwortend zur Initiative geäussert. Auch die Wirtschaftskammer hat einen lauen Abstimmungskampf geführt», beschreibt Marxer und schiebt damit auch den Befürwortern eine Mitschuld zu, weshalb die Vorlage gescheitert ist. Auf der anderen Seite hätten die Gegenargumente viele Leute abgeholt.

«Die einen sagten: Das ist eine zu starke Förderung der Kita gegenüber den Tagesmüttern. Andere sagten: Familie als Beruf wird diskriminiert. Andere sagten wiederum: Das ist zu wirtschaftsfreundlich, die Unternehmen haben es gar nicht nötig, dass sie Subventionen bekommen. Andere sagten: Da werden Gelder ins Ausland verteilt und, und, und...» Bei einem solchen Fundus an Gegenargumenten habe es keine grosse Überzeugungsarbeit mehr gebraucht. «Ich glaube die, die zur Abstimmung gegangen sind, mussten nicht allen Nein-Argumenten zustimmen. Da reicht dann ein Argument, um festzustellen, dass die Vorlage nicht stimmig ist und Schwachstellen hat.» Darum habe es für viele geheissen: «Nein! Zurück auf Feld 1 und eine bessere Vorlage ausarbeiten!» Die endgültigen Motive werden seit gestern vom



Wilfried Marxer ist auf die Ergebnisse der Nachwahlbefragung gespannt. Bild: Daniel Schwendener (Archiv)

Unternehmen Demoscope im Auftrag des Liechtenstein-Instituts per Umfrage analysiert. Die Ergebnisse dürften nicht nur die

Wissenschaft interessieren. Die Unabhängigen hatten sich gegen eine solche Analyse ausgesprochen. Diesem Vorgehen wider-

spricht Marxer: «Ich kann nicht den Daumen in die Höhe heben und behaupten, ich weiss schon alles.» Deshalb erhofft sich der

Politologe von der Telefonbefragung detailliertere Erkenntnisse, die man in die Nachbearbeitung des Themas miteinbeziehen kann. Die Umfrage von Demoscope startete gestern und wird wohl in dieser Woche noch abgeschlossen. Eine Auswertung könnte es bereits nächste Woche geben.

Ein Weckruf für die grossen Parteien

Bezüglich der Stimmbeteiligung von 62,2 Prozent sieht Wilfried Marxer wenig Diskussionsbedarf. Diese war zwar weder besonders hoch noch sonderlich tief. Augenfällig sei es aber laut Marxer, dass offensichtlich global ein Trend gegen die Grossparteien vorherrsche. «Es gibt einen Trend gegen das politische Establishment. Das sieht man in den USA oder auch bei den jüngsten Wahlen in Berlin. Es ist eine gewisse generelle Skepsis gegen die grossen Parteien vorhanden. Die Opposition hat daher gute Chancen», erklärt Marxer. Er schliesst nicht aus, dass dieser Umstand auch zu einer stärkeren Ablehnung geführt habe. Gewinner sind für Marxer die Unabhängigen. «Sie könnten jetzt glaubwürdig sagen, dass sie das Ohr beim Volk haben.» Das sei mit Sicherheit ein Weckruf für die Grossen hinsichtlich der Landtagswahlen.

Erarbeitung einer besseren Lösung startet diese Woche

Alternativen Herbert Elkuch lancierte das Gegenkomitee zur Initiative «Familie und Beruf». Der Schellenberger DU-Abgeordnete hofft auf ein Umdenken. Im Interview spricht er über Ansätze für die Lösung akuter Probleme.

Interview: Michael Winkler
mwinkler@medienhaus.li

Als Speerspitze der Gegenkomitees fungierte **Herbert Elkuch** von den Unabhängigen. Im Interview liefert er mögliche Ansätze, um die Probleme anders zu lösen, als es die Initianten wollten.

Was sind Ihrer Ansicht nach die Gründe für das Scheitern der Initiative?

Ich kann nur spekulieren. Viele sagten, dass Kinder nicht ohne ihre Mutter aufwachsen sollen. Die übermässige Fremdbetreuung wird in unserem Land eben doch nicht so geschätzt, wie es kommuniziert wurde. In Tat und Wahrheit ist die Doppelbelastung nicht zu vernachlässigen. Familie und Beruf zu kombinieren, ist kein Zuckerschlecken und kann über kurz oder lang zu Überbelastung führen.

Haben die Initianten zu wenig weit gedacht?

Ich fand es billig: Man hat Teile aus dem Vernehmlassungsprozess der Regierung herausgepickt und diese zur Diskussion gestellt. Damit wurde der Ansatz der Regierung im Keim erstickt. Der normale Gesetzgebungsprozess wurde unterbrochen. Nun ist auch ein Teil der Vorarbeit der Regierung für die Katz.

Es ist unbestritten, dass Handlungsbedarf besteht. Wie könnten nun alternative Lösungen aussehen?

Wir müssen mittelfristig von den kleinen Kollektiven in der Taggeldversicherung wegkommen. Die Prämien müssen die Taggeldzahlungen finanzieren. Wenn das Kollektiv in einem Kleinbetrieb aus vier Angestellten besteht, treibt ein Taggeldbezug von fünf Monaten für Mutterschaft (bei Krankenstand übrigens genauso) die Prämien kräftig in die Höhe. Dies ist so, weil die restlichen drei im Kollektiv verbleibenden über Prämien je zur Hälfte vom Arbeitnehmer und Arbeitgeber finanziert werden müssen. Eine Quersubventionierung aus Kollektiven, die wenig belastet sind, ist nicht zulässig. Das ist eine Benachteiligung für Betriebe, die

Die Auswirkungen der Initiative wären uns in einigen Jahren auf den Kopf gefallen.



Herbert Elkuch
Gegenkomitee der Initiative

verhältnismässig viele Frauen beschäftigen. Die Lösung muss meiner Ansicht nach über das KVG gefunden werden.

Und wie wollen Sie das Problem lösen?

Die Aufwendungen für die Mutterschaftsversicherung müssen aus den gesamten ausbezahlten Taggeldern herausgerechnet werden. Dies ergäbe im Jahr 2015 z. B. 4,2 Millionen Franken an Mutterschaftstaggeldern von gesamthaft ausbezahlten 24,2 Mio Taggelder. Diese 4,2 Mio. könnten dann über alle Versicherungsnehmer als «Zuschlag Mutterschaft» – offen oder in die Prämie integriert –, unter der Berücksichtigung der Wartezeit, verteilt werden. Das System könnte man solidarisch gestalten, zum Beispiel den Anteil der Prämie für Mutterschaft ausschliesslich auf die Prämien der versicherten Männer überwälzen. Die Prämien für Frauen würden dadurch günstiger. Damit hätten alle eine Möglichkeit, sich aktiv in der Förderung der Familie einzubringen.

Die Grenzgänger sind auch ein grosses Thema in der Debatte. Warum?

Bei Annahme der Initiative wären die Grenzgänger vom Anteil der Taggeldprämie für Mutterschaft befreit worden, bei gleichbleibendem Taggeld. Die Bezahlung wäre durch die liechtensteinische Familienausgleichskasse (FAK) erfolgt – auch an die über 53 Prozent der Arbeitnehmer, die Grenzgänger sind. Mit unserem hohen An-

teil an Beschäftigten aus dem Ausland muss darauf geachtet werden, dass die Sozialleistungen, auf welche die Grenzgänger ein Anrecht haben, auch von ihnen mitfinanziert werden. Wir wollen nicht von ihren Sozialabgaben an liechtensteinische Einrichtungen profitieren, sondern eingerechtes Miteinander. Diese Voraussetzung hätte die Initiative nicht erfüllt, die Auswirkungen wären uns in einigen Jahren auf den Kopf gefallen.

Wie meinen Sie das?

Heute erwirtschaften Grenzgänger bereits 45 Prozent der Lohnsumme. Dieses Geld fliesst ins Ausland ab. Das ist auch bei den AHV-Geldern eine grosse Gefahr. Je attraktiver wir für Grenzgänger werden – vor allem mit einer Aufhebung der Sonderregelung der Zuwanderung – und damit die Personenfreizügigkeit aus Ländern mit tiefem Lohnniveau lockern würden, desto eher besteht das Risiko, dass wir das Lohnniveau nicht mehr halten können. Das wiederum belastet auf längere Sicht die Sozialwerke. Schon heute funktioniert die AHV nicht mehr als Umlagekasse. Die Beiträge sind zu tief. Es wird vom Vermögen gezehrt. Und wenn kein Vermögen mehr vorhanden ist, besteht ein Zwang, die Sozialleistungen zu kürzen.

Die FAK hat nun aber Geld angehäuft und sitzt auf ihren Reserven. Was halten sie vom Vorschlag, das Kindergeld zu erhöhen?

Da solche Vorschläge auf einem Giesskannenprinzip basieren, ist das nicht ratsam. Solange Geld vorhanden ist, tut sich die Politik leicht, «Zückerchen» zu verteilen. Wenn dieses Geld dann aufgebraucht ist, stehen wir vor neuen Problemen.

Was wäre hier ihr Alternativvorschlag?

Wir könnten stattdessen Sachleistungen im Inland fördern, welche Familien in Liechtenstein zugute kommen. Beispielsweise könnte man den Familien von Kindern und Jugendlichen in Ausbildung die Kosten für das Bus-Abo aus der FAK rückerstatten und ähnliche Möglichkeiten schaffen, um die Familienkassen zu entlasten.

Am Ende wurde die Abstimmung auf die Kita-Diskussion zugespitzt. Was muss man hier anders regeln?

Kitas sind notwendig und förderungswürdig, aber nicht um jeden Preis. Heute wird die Fremdbetreuung im Giesskannenprinzip subventioniert, teils mit Pauschalen, teils werden nicht benutzte Kita-Plätze gefördert. Das Moratorium hat dazu geführt, dass neue, gute Einrichtungen wiederum überhaupt nicht unterstützt werden. Wir sollten eine Förderung so aufbauen, dass der Staat nach dem Leistungsprinzip fördert. Der Staatsbeitrag soll nicht mehr auf die Anzahl Plätze, sondern auf die Anzahl Betreuungseinheiten aufgeteilt werden. Dabei sollte man auch eine Abstu-

fung nach Erwerb vornehmen. In dieser Sache werden wir in Zusammenarbeit mit dem Ministerium bereits in dieser Woche mit der Erarbeitung einer besseren Lösung beginnen. Das Ministerium hat sich dazu bereit erklärt.

Was ist mit den traditionellen Familien?

Für eine Gleichbehandlung aller Familienmodelle braucht es weitere Anpassungen. Für eine Grossfamilie mit vier Kindern ist in der Regel auch eine subventionierte Fremdbetreuung unerschwinglich. In grösseren Familien ist in der Regel nur ein Verdienst vorhanden, weil die Mutter im Haushalt ausgelastet ist. Eine Familie mit mehreren Kindern, die von einem Einkommen lebt, braucht viel mehr Unterstützung als eine Familie mit einem Kind, die dank staatlicher Unterstützung (Kitas) zwei Einkommen erzielen kann. Die Familie, die sich dazu entscheidet, auf ein zweites Einkommen zu verzichten, muss ein gleichwertiges Familienmodell bleiben.

2017 ERÖFFNEN WIR UNSERE KLINIK.

LERNEN SIE UNS SCHON HEUTE KENNEN!

www.medicnova.com

MEDICNOVA
PRIVATKLINIK LIECHTENSTEIN